



Wenn Herrchen das Tierchen nicht mehr will: Haustiere werden zunehmend verlassen und gequält. Bild: picturemaxx.net

## Heimtiere werden immer häufiger misshandelt

Die Tierschutzorganisationen schlagen Alarm: Meldungen über Tierquälereien haben deutlich zugenommen. Über die Gründe sind sich das Bundesamt für Veterinärwesen und die Tierschutzorganisationen allerdings nicht einig.

**BERN** – Die jüngste Auflistung der gemeldeten Tierschutzfälle des Schweizer Tierschutzes (STS) liest sich wie das Drehbuch für einen Horrorfilm: «Im Laufenthal werden sieben tote Welpen in einer Schachtel auf einem Feld gefunden»; «In Meltingen wurde ein Pony geschändet». Oder: «Hundebesitzer im Kanton Zug geht 14 Tage in die Ferien und lässt fünf Hunde unbeaufsichtigt.» Neun Seiten umfasst die Liste der Meldungen, die der STS über die ersten drei Monate dieses Jahres zusammengestellt hat. «Tierquälereien haben zugenommen», sagt denn auch Hans-Ulrich Huber, Geschäftsführer des STS.

Beunruhigt ist der STS vor allem über die «deutliche Zunahme der Tierquälereien bei Heimtieren». Huber sieht diese Zunahme im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Veränderungen: «Heimtiere werden häufig unüberlegt angeschafft», beklagt er, die

Information über die «anspruchsvolle Tierhaltung» bleibe auf der Strecke. Zugleich gingen die Justizbehörden nicht in allen Kantonen gleich konsequent gegen Verstösse gegen das Tierschutzgesetz vor. Die Kritik an die Adresse der kantonalen Behörden ist auch bei der Organisation Tier im Recht (TIR) zu hören. Die Stiftung, welche sich um rechtliche Aspekte des Tierschutzes kümmert, führt eine Statistik über die gemeldeten Verstösse gegen das Tierschutzgesetz (Tierstraffälle-Datenbank). Obwohl die kantonalen Vollzugsbehörden verpflichtet sind, abgeschlossene Verfahren wegen Tierschutzverletzungen, die bei der Polizei angezeigt werden, beim Bundesamt für Veterinärwesen (BVet) zu melden, würde diese Pflicht von den Kantonen «sehr unterschiedlich wahrgenommen», meint Gieri Bolliger, Geschäftsleiter der TIR. In der Datenbank der TIR fällt tatsächlich auf, dass

einige Kantone relativ viele Fälle melden, in anderen Kantonen sind dagegen kaum Meldungen vermerkt (siehe Kasten). So meldeten das Tessin und die Kantone Uri, Wallis, Genf und Appenzell Innerrhoden 2006 gar keine Fälle. «Es ist ungläubig, dass in diesen Kantonen keine Tierquälereien vorkommen.» Vielmehr mutmasst Bolliger, dass diese Kantone ihrer Meldepflicht nicht nachkamen. Von 1982 bis Ende 2006 hatte TIR über 5100 Fälle von Tierschutzverletzungen registriert, allein 2006 waren gegen 600 Fälle hinzugekommen. Die Zahlen für 2007 sind noch nicht verfügbar, dennoch vermutet Bolliger: «Im letzten Jahr dürfte sich die Zahl noch einmal erhöht haben.» Der Grund: «Die Diskussion um Kampfhunde hat eine hundefindliche Stimmung geschaffen und die Hemmschwelle, Hunde zu quälen, ist gesunken.» Das BVet kann die Zunahme der Tierquälerei weder bestätigen noch dementieren, mahnt aber zur «Vorsicht mit diesen Zahlen». Marcel Falk, Pressesprecher im BVet, meint, dass Hundehaltung durch die Kampfhundediskussion vermehrt im Blickpunkt stehe. Ebenfalls zu mehr Meldungen beigetragen habe die 2006 eingeführte Meldepflicht über aggressives Verhalten von Hunden. Dem Vorwurf, dass nicht alle Kantone in gleichem Masse ihrer Meldepflicht nachkämen, widerspricht Falk nicht. Mit dem neuen Tierschutzgesetz und der Verordnung, die beide noch in diesem Jahr in Kraft treten sollen, werde sich die Situation verbessern. «Wer ein Heimtier möchte, muss sich vorab informieren, was das Tier braucht. Auch wird regelmässig überprüft, wie es um den Tierschutz tatsächlich bestellt ist.»

ROLAND DUCOMMUN

### Die Zahlen hinter den Qualen

Sowohl das Bundesamt für Veterinärwesen (BVet) wie die Stiftung Tier im Recht (TIR) führen Statistiken über die gemeldeten Verfahren bei Verstössen gegen das Tierschutzgesetz. Die Zahlen des BVet sind aktueller, die Datenbank der TIR hingegen detaillierter. Laut BVet wurden 2006 insgesamt 592 Straffälle gemeldet, 105 oder rund

22 Prozent mehr als im Vorjahr. Am meisten Fälle gab es laut Statistik der TIR (total 572 Fälle) aus Zürich (150), gefolgt von St. Gallen (144), Aargau (76) und Bern (54). Bezogen auf die Wohnbevölkerung meldete St. Gallen am meisten Fälle. (3,14 pro 10000 Einwohner), es folgen die Kantone Schaffhausen (1,49), Zürich und Aargau (je 1,19). (duc)

## Der Bund wird fast alle zur Kasse bitten

Im Rahmen der Aufgabenüberprüfung will der Bund zwar nicht wirklich sparen. Trotzdem dürfte ein Teil der vorgeschlagenen Massnahmen auf Widerstand stossen.

**BERN** – Auf die Autofahrer könnten schwere Zeiten zukommen. Vielleicht müssen sie schon bald mehr Mineralölsteuern bezahlen. Der Grund: Der Bund erwägt im Rahmen seiner Aufgabenüberprüfung, ob der Strassenverkehr stärker durch die Verursacher selber finanziert werden soll. Doch die Autofahrer sind nicht alleine. Viele Bürgerinnen und Bürger dürften vom umfassenden Massnahmenpaket betroffen sein.

Doch warum will der Bund in finanziell rosigen Zeiten Lasten verlagern und sparen? Er will verhindern, dass der Staatshaushalt mittelfristig wieder aus dem Gleichgewicht gerät. Dazu soll sich das Ausgabenwachstum am Wirtschaftswachstum und damit an den (Steuer-)Einnahmen orientieren. Im Klartext: Die Ausgaben sollen pro Jahr bis 2015 nominal «nur» noch um rund 3 Prozent steigen. Dem

sein Projekt gleich in doppelter Weise zurückgestutzt. Einerseits sollen nicht mehr acht Milliarden Franken jährlich eingespart werden, sondern «nur» noch 5,3 Milliarden. Merz begründet dies damit, dass die Situation der AHV sich besser präsentiert als erwartet. Und die IV habe man ausgeklammert, bis die Stimmenden über die Finanzierung entschieden hätten. Andererseits wird im Sozialbereich, der mit drei Milliarden Franken mehr als die Hälfte zu den Einsparungen beitragen soll, die Frist von 2015 auf 2020 erstreckt.

Mit seinem frühzeitigen Handeln verfolgt der Bundesrat laut Merz gleich mehrere Ziele: «Erstens wollen wir finanziellen Handlungsspielraum für die kommenden Herausforderungen gewinnen.» Zweitens soll verhindert werden, dass im Sinne einer Feuerwehrrückführung wieder Entlastungsprogramme, bei denen recht willkürlich gespart wird, geschnürt werden müssen. Und drittens könne so verhindert werden, dass gesetzlich schwächer verankerte, aber wirtschaftliche wichtige Aufgaben gestrichen werden.

### Auch Bildung betroffen

Um die Ziele zu erreichen, schlägt das Finanzdepartement beinahe 50 Sparmassnahmen vor. Diese reichen von der Verlangsamung des Autobahnbaus, über den Ersatz unrentabler Bahnlinien durch einen Busbetrieb, die Schliessung von einzelnen Botschaften bis zur Lockerung der BSE-Massnahmen.

Praktisch alle Bereiche sind betroffen, allerdings unterschiedlich stark. So dürfen Bildung und Forschung auch künftig überdurchschnittlich um 4,5 Prozent jährlich steigen. Das Parlament hatte sich allerdings erst kürzlich für sogar sechs Prozent ausgesprochen. Gar jährlich um 0,5 Prozent sinken sollen die Ausgaben im Gesundheitswesen.

Jetzt sind zuerst die einzelnen Departemente mit Stellungnahmen an der Reihe. Erst im Herbst soll das Projekt in die Vernehmlassung gehen.

IMICHAEL BRUNNER



Hans-Rudolf Merz, Bundesrat

«Wir brauchen Spielraum für künftige Herausforderungen»

liegt die Annahme zu Grunde, dass die Schweizer Wirtschaft jährlich real um gut anderthalb Prozentpunkte wächst und die Teuerung ebenso hoch zu liegen kommt. Das heisst, der Bund will bei den Ausgaben künftig also nicht sparen im Wortsinn, sondern lediglich das Wachstum bremsen. Würde wie bisher weiter gemacht, so Bundesrat Hans-Rudolf Merz, sei mit einer jährlichen Steigerung von rund 3,6 Prozent zu rechnen. Damit hat der Bundesrat

### Wenig Gegenliebe für Vorschläge

Unter der Führung von Bundesrat Hans-Rudolf Merz sei es gelungen, die Herkulesaufgabe «Aufgabenüberprüfung» einen Schritt weiterzubringen, schreibt die FDP. Dies sei erfreulich. Es brauche eine echte Überprüfung der Aufgaben, blosser Verschiebungen der Finanzierung führten nicht zum Ziel. Alte Zöpfe müssen abgeschnitten werden, schrieb die FDP. Die SVP sieht den Bundesratsentscheid vor allem als Zeichen für eine Schwächung des bürgerlichen Lagers im Gremium. «Niemand macht mehr Druck auf die Kostensenkungen», sagte SVP-Sprecher Alain Hauert. So sei das bereits in der vergangenen Legislatur gesenkte Sparziel erneut herab-

gesetzt worden. Auch die CVP vermisst einen grösseren Wurf bei der Aufgabenüberprüfung. Es sei störend, dass der Bundesrat sich nicht hinsetze und entschlossen von Aufgaben trenne, die nicht mehr zeitgemäss seien, sagte Generalsekretär Reto Nause. Dringend sei es, bei den Sozialversicherungen zu Lösungen zu kommen, um das Ausgabenwachstum in diesem Bereich in den Griff zu bekommen. Dieses würde sonst andere Tätigkeiten des Staats ab. Laut SP-Sprecher Peter Lauener bleiben die harten Fakten weiterhin im Giftschrank. Klar sei aber, dass es sich um einen fast flächendeckenden Abbau bei den staatlichen Leistungen handle. (ap)

ANZEIGE

## Mit UBS Family ans grosse Fussballfest.

UBS Family ist die neue, flexible Banklösung für Familien und Paare. Jetzt eröffnen und Sie erhalten Gratis-Sitzplatztickets für die ganze Familie in einer UBS ARENA für ein Spiel Ihrer Wahl. Mehr Informationen unter [www.ubs.com/family](http://www.ubs.com/family)



[www.ubs.com/family](http://www.ubs.com/family)

You & Us

